



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XI/52 - 7. Februar 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 3 18 21-32
Fernschreiber 089 880

Zur Lage in Nordrhein-Westfalen	S. 1
Der Zweikampf Kekkonen-Fagerholm / Bericht aus Finnland	S. 3
Die Aufgabe der politischen Akademie in Bayern	S. 5
Sorgen Südtirols	S. 7

Symptomatische Krise

sp- Kabinettsumbildungen in Ländern mit Koalitionsregierungen sind in der Bundesrepublik, wie in jeder parlamentarischen Demokratie, ein ganz normaler Vorgang. Sie werden aktuell, wenn der eine oder andere Partner mit der bisherigen Verbindung nicht mehr einverstanden ist und sich nach neuen Verbündeten umsieht. Genau das trifft jetzt für das grösste und wohl wichtigste Land der Bundesrepublik zu.

Von der FDP, in Nordrhein-Westfalen die drittgrösste Partei, ging denn auch die Initiative für eine Regierungsumbildung aus. Für die SPD wiederum lag es nahe, auf einen solchen Vorstoss einzugehen, denn sie war schon in den kritischen Jahren nach dem Zusammenbruch entscheidend am Aufbau dieses Landes beteiligt - der heute viel genannte Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen, Fritz Steinhoff, Oberbürgermeister von Hagen, leitete damals das Wiederaufbauministerium. Nur auf Drängen der CDU wurde die SPD 1950 aus der Regierung hinausmanövriert, die nun erfolgten Wiederanbiederungsversuche des Ministerpräsidenten Arnold kommen zu spät.

Die Unzufriedenheit der FDP mit ihrem bisherigen Hauptpartner in der Regierung hat verschiedene Gründe. Sie liegen in der Landespolitik, sind aber auch im grösseren bundespolitischen Zusammenhang zu sehen. Auf die landespolitischen Ursachen ist noch einmal am Montag ausdrücklich aus FDP-Kreisen selbst hingewiesen worden, sie dürften im wesentlichen in Meinungsverschiedenheiten auf kulturellem Gebiet zu suchen

7. Februar 1956

sein. Ein ständiger Konfliktstoff entstand vor allem aber auch aus der Selbstherrlichkeit der CDU in Nordrhein-Westfalen, ganz ähnlich wie es auch in Bayern der Fall war. Die beherrschende Stellung der CDU im Bunde hat diese Partei auch in den Ländern, in denen sie zwar stark, aber durchaus nicht übermächtig ist, zu einer Überschätzung ihrer Möglichkeiten und damit zu manchen Torheiten verleitet. Das scheint sich nun auch in Nordrhein-Westfalen zu rächen.

Aber vielleicht würde all das nicht zum Ausbruch einer offenen Krise ausgereicht haben, wenn nicht im Bunde selbst CDU/CSU und FDP immer härter aneinander geraten wären. Das begann mit einer zunehmenden Entfremdung in aussenpolitischen Fragen und wurde besonders deutlich beim Saarstatut und der Erörterung von Möglichkeiten, die sich aus der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau ergeben. Der Konflikt erreichte seinen Höhepunkt mit der Auseinandersetzung über das Grabensystem, das bei seiner Verwirklichung die FDP als eine eigenständige politische Kraft in der Bundesrepublik im nächsten Bundestag ausgeschaltet hätte. Die FDP sah, dass es um ihre Existenz ging und vor diesem Augenblick an war die Kluft nicht mehr zu überbrücken, auch wenn jener "Graben" durch ein Nachgeben des Kanzlers zugeschüttet wurde. Ob und wie weit man ihn wieder aufreißen wird, wenn es zum Sturze Arnolds kommen sollte, ist eine Frage, auf die man heute noch keine Antwort geben kann. Das expressische Spiel der CDU hatte jedenfalls die FDP zu sehr erbittert, als dass sie nach seinem Scheitern nun wieder der nachgiebige und leicht zu behandelnde Partner werden wollte, der sie solange für die CDU gewesen war. Die Unterstützung, die die FDP in ihrem Selbstbehauptungskampf dabei in der breitesten Öffentlichkeit fand, mag sie in ihrer Haltung bestärkt haben.

Freilich ist die Einstellung der FDP einstweilen nicht einheitlich. Die Stuttgarter Beschlüsse der obersten Bundesorgane der Partei wollten es nicht zum Bruch in Düsseldorf kommen lassen. Aber die FDP in Nordrhein-Westfalen selbst hat sich dieser Empfehlung nicht angeschlossen, ihre 10 Delegierten stimmten dagegen. Sicher ist diese Haltung auch wesentlich von Überlegungen mitbestimmt worden, die sich auf das gesamtdeutsche Schicksal beziehen. In bestimmten Führungskreisen der FDP und auch bei einem grossen Teil der Anhängerschicht hat offenbar das Unbehagen über die passive und sterile Wiedervereinigungspolitik Bonns immer mehr zugenommen. Hier ist ohne Zweifel einem sehr verbreiteten und echten Grundgefühl Rechnung getragen worden. So kommen Gründe der Selbstachtung und auch der Selbsterhaltung mit verantwortungsbewussten Überlegungen zur Frage der deutschen Wiedervereinigung zusammen, um vielleicht in Nordrhein-Westfalen eine Entwicklung einzuleiten, deren Folgen für die Bundesrepublik noch nicht zu erkennen sind.

Finnische Präsidentenwahl - Kopf-an-Kopf-Rennen

R.H. Stockholm

Mitte Januar sind von der Bevölkerung nach einem erbitterten Propagandakampf 300 Elektoren gewählt worden, die Mitte Februar unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Kekkonen zusammentreten werden, um den neuen Staatspräsidenten für sechs Jahre zu wählen.

Dr. Kekkonen, der Vorsitzende der Agrarpartei, hat seit Jahren zielbewusst seine Präsidentschafts-Kandidatur vorbereitet. Dank einer sehr intensiven und in der Wahl der Mittel nicht immer einwandfreien Propaganda sind 89 Agrarier als Wahlmänner gewählt worden. Da Dr. Kekkonen auch die Stimmen der 57 kommunistischen Elektoren zufallen dürften, fehlen ihm nur 5 Stimmen zur absoluten Mehrheit. Es ist trotzdem ungewiss, ob Dr. Kekkonen gewählt wird, denn gerade die Sympathie, deren er sich in Moskau erfreut, und die unfairen Methoden, welche er mitunter anwendet, veranlassen alle anderen Parteien, nach einem Gegenkandidaten zu suchen. Karl August Fagerholm, der sozialdemokratische Kandidat, konnte zwar 74 Wahlmänner für sich mobilisieren, dürfte aber bei den Endabstimmungen kaum eine genügend hohe Stimmenzahl auf sich vereinigen, um Dr. Kekkonen schlagen zu können. Die Kandidaten der anderen Parteien haben noch schlechtere Chancen. Da jedoch die Elektoren nicht nur an die ursprünglich nominierten Kandidaten gebunden sind, wurden von bürgerlicher Seite einige Persönlichkeiten als mögliche neue Kandidaten genannt, die dank ihrer geringeren parteipolitischen Gebundenheit leichter die Stimmen verschiedener Partei Anhänger auf sich vereinigen könnten. Auch der Gedanke einer Wiederwahl des bisherigen Präsidenten Paasikivi wird immer wieder ventiliert; Paasikivi erfreut sich allgemeiner Beliebtheit, ist aber 85 Jahre alt.

Porkkalas Wiedervereinigung mit Finnland

Im Wahlkampf hatte Dr. Kekkonen u.a. versucht, die Rückgabe der sowjetischen Militärbasis Porkkala an Finnland als seinen persönlichen Erfolg darzustellen. Tatsächlich ist die aussenpolitische Linie Finnlands weder ein Verdienst Dr. Kekkonens noch seiner Partei. Für den Kreml war zweifellos allein ausschlaggebend, dass der Stützpunkt

Porkkala infolge der Entwicklung der Kriegswaffen stark entwertet worden war und dass seine Freigabe sich als erstklassige Propagandanummer auswerten liess. Den offiziellen Freundschafts- und Friedensversicherungen und der freudig-stürmischen Verabschiedung der letzten sowjetischen Truppen folgte zunächst der Einzugs finnischer Truppen ins Porkkala-Gebiet. Viele frühere Einwohner haben ihre alte Heimat kaum wieder-erkannt, denn die ehemals sehr wohlhabenden Ortschaften und Herrensitze haben während der Sowjetzeit sehr gelitten.

Wegen der von den Kirchhöfen weggeführten Grabsteine bot der russische Gesandte eine Entschuldigung und eine Entschädigung an. Vor der Übergabe liessen sich die Russen warme Dankesworte für die errichteten Neubauten sagen, die ohne Entschädigung dem finnischen Staate übergeben wurden; nach der Übergabe erwies sich, dass weder die neue Schule noch das Krankenhaus nach finnischen Begriffen verwendbar sind und dass Finnland sehr grosse Beträge investieren müssen, bevor Porkkala einigermassen wieder das wird, was es früher war.

Die Regierungskrise

Am selben Abend, als Dr. Kekkonen mit seinen russischen Gästen Perwuchin, Gromyko, Marschall Wassiljewski und Wolkow an der Festtafel sass, beschlossen die sozialdemokratischen Minister ihren Austritt aus der Regierung, weil Dr. Kekkonen nicht imstande gewesen war, die Preiserhöhungswünsche der Landwirte zurückzuhalten. Wenn es nicht gelingt, die Erhöhung der Lebensmittelpreise rückgängig zu machen, dürfte es zu scharfen Massnahmen der Gewerkschaften kommen. Die Regierung wird die Geschäfte provisorisch bis zur Präsidentenwahl weiterführen, denn nach der Neuwahl wird dem neuen Präsidenten traditionsgemäss die Möglichkeit gegeben, eine neue Regierung zu ernennen. Sollte Dr. Kekkonen Präsident werden - und als solcher hätte er insbesondere auf die Aussenpolitik einen grossen Einfluss - so werden die Sozialdemokraten zweifellos den Posten des Ministerpräsidenten in der kommenden Regierung beanspruchen.

Die Verpflichtung des geistigen Deutschland

L. München

An letzten Wochenende fanden sich in der bayerischen Landeshauptstadt Schriftsteller und Publizisten aus der Bundesrepublik zusammen, um gemeinsam mit Politikern ihre Anliegen und Aufgaben zu erörtern. Neben bekannten Journalisten sah man Heinrich Böll, Günter Weisenborn, Hans Werner Richter und Wolfgang Koenen. Richter wandte sich in seinem Appell, dem eine Überlegung über die Aufgaben des Künstlers in der demokratischen Gesellschaft zugrunde lag, an alle aufgeschlossenen Menschen in Deutschland, das "geistige" Deutschland nicht zu vergessen, sich mit der Restauration in der Bundesrepublik nicht abzufinden, sondern vielmehr ein wiedervereinigtes Deutschland kulturell und politisch zu entwerfen. Es gehe um den Geist der Kritik, der Wahrheit und der Gerechtigkeit, und das sei keine Angelegenheit, die allein die Repräsentanten des geistigen Lebens interessiere. Notwendig sei ein Bündnis zwischen den politisch Verantwortlichen und geistig Tätigen unseres Landes. Richter forderte die Publizisten und Schriftsteller auf, fest zusammenzustehen und gemeinsam die westdeutsche Restauration zu bekämpfen.

Im zweiten Referat, das auf der Tagung gehalten wurde, legte der bayerische SPD-Vorsitzende, Waldemar von Knoeringen, die Gedanken dar, die die bayerische Staatsregierung zur Gründung einer politischen Akademie bewogen habe. Von Knoeringen befasst sich mit dem Zusammenhang von Politik und Kultur, er forderte, dass die Politik eine Dienerin des geistigen und politischen Lebens zu sein habe und nicht zum Selbstzweck werden dürfe. Kennzeichnend für unsere Zeit sei es, dass die industrielle und technische Entwicklung dem Bewusstsein der Menschen und den politischen Formen des Zusammenlebens weit voraus geeilt seien. Diese gefährliche Kluft zu schließen, sei eine der wesentlichen Aufgaben der politischen Akademie in Bayern. Die Politik werde immer weitgehender abhängig von den Erkenntnissen und Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung, und gerade für den freiheitlichen Sozialismus sei ein Bündnis zwischen Politik und Wissenschaft das Gebot der Stunde. Freiheitliche Politik habe weiterhin zum Ziel, einen Kulturstaat aufzubauen, der auf der Achtung vor der Überzeugung des anderen, auf die Toleranz

gegründet sei. Jedes staatliche Gemeinwesen, das dieser Aufgabe nicht gerecht werde, entspreche nicht den Forderungen der Demokratie, sondern sei totalitär.

Diese grundlegenden Thesen von Knoeringer wurden von den Publizisten und Schriftstellern begeistert aufgenommen, und einer der Initiatoren der geplanten politischen Akademie, Prof. Dr. Messerschmidt, ergänzte die Diskussion um einige Vorschläge, die sich mit den konkreten Aufgaben der politischen Akademie beschäftigen. Diese Akademie, so meinte Prof. Messerschmidt, solle zunächst ein Grundwissen von der Wirklichkeit unseres gesellschaftlichen und politischen Lebens vermitteln, aber sie habe daneben die Verpflichtung, die entscheidenden Probleme unserer Zeit zu diskutieren und zu klären. Man werde nicht darum herumkommen, etwa das Verhältnis der Verfassung zur gesellschaftlichen Realität, die Unsicherheit der deutschen Außenpolitik, die Atomenergie und die Automation in das Gespräch einzubeziehen. Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik solle an dieser politischen Akademie weit mehr als bisher Wirklichkeit werden. Der demokratische Formalismus, in dem heute unser öffentliches Leben befangen sei, reiche nicht aus, um gerade jungen Menschen ein neues und enges Verhältnis zum demokratischen Staat zu ebnet. Erlebnis und Erfahrung demokratischer Wirklichkeit seien unerlässlich, um dem Staatsbürger eine innere Bindung an die Ordnung der Demokratie zu ermöglichen. Es gehe den Initiatoren der politischen Akademie dabei keineswegs um die Fixierung eines "Inseldaseins", sondern um die praktische Zusammenarbeit von Menschen aus Politik und Kultur.

Das Beispiel der politischen Akademie in München und der Geist der Zusammenkunft von Schriftstellern und Publizisten sollte uns dazu veranlassen, in dieser Initiative sehr viel mehr zu sehen, als eine landespolitische Angelegenheit. Hier wurde ein neuer Aufbruch gewagt, ein Aufbruch, der einem freien und einigen Gesamtdeutschland dienen soll. Diejenigen, die sich in München zusammenfanden, sagten nicht nur "kontra". Ihnen geht es um mehr: Sie wollen eine Demokratie mitbauen helfen, in der die Freiheit des Staatsbürgers in allen Bereichen des Lebens eine Realität ist. Sie wollen einen Staat schaffen, in dem zu leben es sich für jeden lohnt. Das ist ein Ziel, das wir nicht nur bejahen, sondern gemeinsam anstreben. Noch ist es Zeit dazu.

Vergesst nicht auf Südtirol!

Von Wenzel Jaksch, MdB.

Anlässlich des Besuches des italienischen Ministerpräsidenten Segni und seines Ausseministers Marino in Bonn muss eine Sache zur Sprache gebracht werden, die für grosse Teile des deutschen Volkes eine Herzenssache ist: das Bestreben von einer Viertelmillion Südtiroler zur Sicherung ihres Volkstums und ihrer Heimat. Die Bundesregierung sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass die weitere Entwicklung der Verhältnisse in Südtirol von der Gestaltung der deutsch-italienischen Beziehungen ausgeklammert werden kann. Ja, sie wäre ihren hohen Gästen aus Rom die aufrichtige Mitteilung schuldig, dass die Südtiroler in ihren Ringen um friedliche Selbstbehauptung hier in der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Freunde haben und zwar in allen Bevölkerungsschichten, besonders aber innerhalb der europäisch gesinnten deutschen Jugend.

Was zwischen dem Brenner und der Salurner Klause geschieht, das wird alljährlich von Hunderttausenden deutschen Touristen mit wachsender Sorge verfolgt. Und es sind gerade die entschiedenen Demokraten und die unversöhnlichsten Gegner der unseligen Hitler-Politik, die nunmehr manche fatale Parallele zwischen der Italianisierungspolitik Mussolinis und der heutigen Lage in Südtirol ziehen müssen. Diese Feststellung hat mit Nationalismus nichts zu tun. Sie ist auch keine "Einnischung in interne Angelegenheiten." Sie betrifft die Vertragsmoral der europäischen Demokratien.

Wir haben es bereits nach dem ersten Weltkriege erlebt, dass auch in demokratisch regierten Ländern die feierlich eingegangenen Verpflichtungen zum Schutze ethnischer Minderheiten unter dem Drucke chauvinistischer Elemente oder kleiner Häuflein von Berufsnationalisten ausser Kraft gesetzt wurden. "Die Minderheitenschutzverträge" - so urteilt der englische Historiker Professor E.H. Carr - "haben keinen Schutz gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Macht gewährt", wobei er besonders die staatliche Wirtschafts- und Personalpolitik gegenüber den zu schützenden Volksgruppen im Auge hatte.

Die formale Seite der vertraglich gewährleisteten Autonomie für Südtirol mag eine österreichisch-italienische Angelegenheit sein. Die eigentlichen Ziele und auch die Methoden der italienischen Politik in Südtirol berühren jedoch vitale gesamteuropäische Interessen. Darum ist es zu bedauern, dass sich in die Feststimmung dieses Staatsbesuches wieder Nachrichten über die Verfolgung heimattreuer Südtiroler mischen. Es geht hier um die Glaubwürdigkeit offizieller Freundschaftsbekundungen. Im Interesse einer fruchtbareren Gestaltung des italienisch-deutschen Verhältnisses muss daher an die Bonner Gastgeber die Mahnung gerichtet werden: Vergesst nicht auf Südtirol!

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau